

Erschienen in der Schweizerischen Handelszeitung Nr.16 vom 20. April 2005:

Schengen macht unsicher

Und wieder lese ich in einem Inserat, dass die Schweiz aus sicherheitspolitischen Gründen dem Schengen-Vertrag der Europäischen Union beitreten sollte. Damit ist gemeint: Die von Schengen verlangte Aufhebung der Grenzen würde die Schweiz sicherer machen - sofern das Land gleichzeitig einem Polizeicomputer beitrifft, der die Verbrecherfahndung erleichtert. In diesem Computer wären dann wohl alle verdächtigen menschlichen Regungen und Bewegungen registriert, die man durch die Grenzaufhebung entfesselt. Was für eine Logik: Indem sie ihre Grenzen beseitigt, erkaufte sich die Schweiz, weil sie unsicherer wird, das Recht, sich selber effizienter zu überwachen, um die Risiken der Grenzabschaffung auszugleichen.

Warum die freisinnige Partei der Schweiz, also die Freiheits-Partei, dieses Vorhaben unterstützt, ist mir schleierhaft.

Ich habe weder in Deutschland noch in irgend einem andern europäischen Land einen Menschen gefunden, der mich als Schweizer ermuntern würde, dieser Vorlage zuzustimmen. Die meisten deutschen Unternehmer und Nicht-Politiker, mit denen ich rede, warnen mich vor der EU. Sie bemängeln die Intransparenz. Sie sehen die Selbstversorgungswirtschaft des Brüsseler Apparats und seiner Abgeordneten. Sie fragen sich, warum Länder wie Luxemburg Subventionen für stillgelegte Industrieanlagen kassieren. Die Schweiz wird - und dies nicht zum Scherz - bewundert dafür, dass sie sich ihre politische Unabhängigkeit so lange bewahren konnte. Sie wird gelobt für ihre Kultur der "Checks and Balances", denn darum geht es in der direkten Demokratie:

Um die Kontrolle der Politik durch die Bürger, wie sie die Europäische Union ihrem Wesen nach nicht kennt.

Auch die von mir befragten Sicherheitsfachleute halten die Argumentation, die Beseitigung seiner Aussengrenzen würde ein Land sicherer machen, für Humbug. Das ist keine Polemik, sondern Fakt: Schengen ist keine sicherheitspolitische, sondern eine integrationspolitische Massnahme, die herausgewachsen ist aus der Ambition der EU, Europa zu einem Flächenstaat zu formen, der keine Innengrenzen braucht. Die Rede von der Sicherheit verschleiert den Tatbestand, um den es wirklich geht.

Roger Köppel

Chefredaktor der Tageszeitung "Die Welt", Berlin